

Inserate  
werden angenommen  
in den bei der Expedition  
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,  
H. Ad. Schell, Postfach 17,  
Dr. Weidert, u. Breiter, u. Ed.  
Otto Niekisch, in Firma  
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.  
Verantwortlicher Redakteur:  
A. Wagner in Posen.  
Redaktions-Sprechstunde  
von 9-11 Uhr Vorm.

Abend-Ausgabe.

# Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Inserate  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz Posen  
bei unseren Agenturen, ferner bei  
den Annoncen-Expeditionen  
K. Mosse,  
Haasenstein & Vogler A.-G.,  
G. F. Daube & Co.,  
Invalidendank.  
Verantwortlich für den Inseraten-  
theil:  
W. Braun in Posen.  
Fernsprech-Anschluß Nr. 100.

Nr. 860

Montag, 9. Dezember.

1895

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,  
an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,  
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-  
jährlich 4.50 M., für die Stadt Posen, für ganz  
Preußen 5.45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Inserate, die festgesetzte Zeitstelle oder deren Raum  
in der Morgenausgabe 20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., in der Abendausgabe  
30 Pf., in der Posen-Zeitung 25 Pf., an bevorzugter  
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die  
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die  
Morgenausgabe bis 8 Uhr Nachm. angenommen.

## Deutschland

**Δ Berlin, 8. Dez.** [Das Bürgerliche Gesetzbuch und die Agrarier] Das gemeinschädliche Treiben der agrarischen Demagogie überschlägt sich manchmal ins Burleske. Das Organ des Herrn v. Blöb bringt einen Zeitungsartikel, an den gleich zwei Leute gearbeitet haben, die Herren Dr. G. Ruhland und Dr. Kroibl. Einer allein hätte die wunderbare Leistung wahrscheinlich nicht fertig gebracht. In diesem Artikel unter der Überschrift „Wem danken wir den Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuchs?“ wird mit finstern Ernstes aktenmäßig nachgewiesen, daß einzig und allein der böse — Lasker es ist, auf den das Unglück des Bürgerlichen Gesetzbuchs zurückgeführt werden muß. Hätte Lasker nicht immer wieder, von 1867 an bis 1873, auf ein einheitliches Bürgerliches Gesetzbuch gedrungen, so wäre uns im Allgemeinen und dem Bunde der Landwirthe im Besonderen das Malheur der deutschen Rechtseinheit erspart geblieben. Der Geist des seligen Windthorst wird zitiert, und Recht bekommt der kleine schlaue Centrumsführer mit seinem Ausspruch, daß die verbündeten Regierungen „den größten Schmach der Krone, die Justizhoheit, der freihändlerischen-kapitalistischen Weltanschauung des Abg. Lasker zu Füßen gelegt haben.“ Man muß solche Leistungen wie diese der Herren Ruhland und Kroibl sich einmal näher ansehen, um ganz zu erassen, welche Verwüstung des öffentlichen Denkens und des politischen Lebens dies Agrariertum anzurichten vermag. Will denn der Bund der Landwirthe wirklich, daß das Bürgerliche Gesetzbuch abgelehnt wird? Zwar kann nach jenem Artikel „die Stellung des gesunden Menschenverstandes und damit der Mehrheit des deutschen Volkes zum vorliegenden Entwurf keinen Augenblick zweifelhaft sein“, aber so blindwützig thöricht, die Verwerfung des Gesetzbuchs zu fordern, sind die Herren Ruhland und Kroibl zunächst doch nicht.

— Zur lipplischen Thronfolgefrage wird der „Post.“ geschrieben: Die lipplische Regierung hat mit ihrem beim Bundesrathe gestellten Antrage auf Uebertragung der Entscheidung über die lipplische Thronfolgefrage an das Reichsgericht eine Zulage erfüllt, die sie dem Landtage von Lippe-Deimold gemacht hat. Der Antrag ist lediglich dahin zu verstehen, daß das Reichsgericht durch einen Akt der Reichsgesetzgebung ermächtigt werden soll, die Bestimmungen des lipplischen Hausrechts authentisch auszuliegen. Dieser Grund hat also nicht auf Absatz 2 des Artikels 76 der Reichsverfassung: „Verfassungsentscheidungen in solchen Bundesstaaten, in deren Verfassung nicht eine Behörde zur Entscheidung solcher Streitigkeiten bestimmt ist, hat auf Anrufen eines Theiles der Bundesräthe gültlich auszusprechen, oder wenn das nicht gelingt, im Wege der Reichsgesetzgebung zur Erledigung zu bringen.“ Wenn nun die „Kreuzzeitg.“ meldete, der Antrag der lipplischen Regierung sei im Bundesrathe erheblichen Bedenken begegnet, die auf die Ansicht zurückzuführen seien, daß durch die Ueberweisung des lipplischen Thronfolgegesetzes an das Reichsgericht ein wichtiger Präzedenzfall und eine Kompetenzerweiterung des Reiches begründet werde, so ist zu bemerken, daß der Bundesrat, als Graf Ernst zur Lippe-Biesterfeld im Jahre 1885 eine Eingabe zur Geltendmachung seiner Ansprüche an diesen gerichtete hatte, es damals nur abgelehnt hat, bei Lebzeiten des Fürsten Woldegar eine Entscheidung über die Thronfolge zu treffen. Die weitere Bemerkung der „Kreuzzeitg.“, daß nach dem lipplischen Gesetze vom 24. April 1895 die Regentschaft des Prinzen Adolf zu Schaumburg-Lippe ablaufe, wenn nicht binnen Jahresfrist ein Erbschaftskandidat vorgelegt werde, ist ebenfalls richtig. Prinz Adolf ist als Regent bekräftigt, bis die Frage wegen der Thronfolge entschieden ist. Tritt das Ableben des Prinzen Alexander, der wegen Geisteskrankheit seit Jahren unter Vormundschaft steht, ein, ohne daß eine Regelung der Thronfolge stattgefunden hat, so erlischt die Regentschaft. In diesem Falle, oder wenn aus einem andern Grunde eine Vakanz in der Regentschaft eintritt, hat der lipplische Landtag einen Regenten aus der Zahl der Apaten zu ernennen, bis die Entscheidung der Thronfolgefrage erfolgt ist.

— Aus einer Unterredung mit Professor Hans Delbrück theilt ein Korrespondent Folgendes mit: „Ich habe zwar keinen Grund“, äußerte Prof. Delbrück, „irgend etwas zu verschweigen; aber es widerstrebt mir, jetzt, wo Herr von Koller verabschiedet ist und sich zuletzt noch, wie ich anerkennen muß, sehr chevaleresk gegen mich benommen hat, Stoff zu Brecherstörungen über ihn zu geben. Klar ist ja das Eine: daß die Besorgnis, die Regierung beabsichtige eine parlamentarische Unterdrückung jeder öffentlichen Kritik, auch von ruhig urtheilenden oder ihr sonst nahestehenden Männern, unbegründet gewesen ist. Darüber mögen wir uns zunächst freuen. Auch das preussische Kultusministerium beabsichtigt, wie ich Ihnen positiv versichern kann, mit seinen Untersuchungen über die Reichsverhältnisse der Privatdocenten keineswegs eine Kurzhaltung oder gar Einschränkung der Freiheit. Das zufällige Zusammentreffen der verschiedenen Maßnahmen war ja allerdings geeignet, einen solchen Schein hervorzuheben. Auf dem Boden des Gutachtens von Professor Hirschfeld sehe ich nicht. Ich halte es überhaupt nicht für zweckmäßig, Fragen wie die der Kultusministeriellen Disziplinardisziplin grundlegend zu entscheiden, sondern bin der Meinung, daß man hier das praktische Leben entscheiden lassen soll.“

L. O. Ueber die Quertreibereien in der Presse gegen den Kriegsminister wird der „Königs. Post.“ geschrieben, die Auslassungen in einem Münchener und einem hannoverschen Blatt gegen die geplante Abänderung der Mil-

itärstrafprozessordnung hätten Thatsachen enthalten, die nur den Ministern, die an den betreffenden Sitzungen theil genommen, bekannt sein konnten. Das ist richtig. Daß aber die betreffende Nachricht in die „Münch. N. Nachr.“ auf Veranlassung eines hohen Reichsbeamten gelangt sei, der in München lebt, mit Herrn v. Koller aber eng befreundet ist, muß auf einer Verwechslung beruhen, da unseres Wissens in München kein hoher Reichsbeamter lebt. Die Indiskretionen hatten offenbar nur den Zweck, die entscheidende Stelle über die Stellung des Fürsten Hohenlohe und der Mehrheit des Staatsministeriums zu der Frage der Öffentlichkeit des Militärstrafprozesses zu unterrichten. Daß dieselben den Weg in die Presse fanden, braucht nicht einmal beabsichtigt gewesen zu sein.

— Die grauen Militärmäntel sollten nach einer kürzlich durch die Zeitungen gegangenen, von uns nicht beachteten Notiz wieder abgeschafft werden. Nach der offiziellen Mittheilung des „Samb. Kor.“ steht eine Abänderung in Bezug auf das Tragen der grauen Mäntel nicht bevor. Obwohl die Truppenberichte noch nicht alle eingelaufen sind, so haben sich die eingegangenen sämtlich dafür ausgesprochen, daß das helle Tuch sich sehr bewährt habe. Dies bezieht sich nicht nur auf das Tuch der Offiziere, sondern auch auf das der Mannschaften.

— Nach den jetzt veröffentlichten vorläufigen Ergebnissen der deutschen Kriminalstatistik für 1894 hat die Zahl der wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze Verurtheilten seit dem Vorjahre wieder erheblich zugenommen. Sie beträgt 446 070 gegen 430 403 im Jahre 1893. Die Zunahme gegen das Vorjahr beträgt hiernach 15 667 Personen oder 3,6 Prozent. Die höchste Zunahme zeigt die Zahl der Delikte gegen die Person; die Zahl der Verurtheilten beträgt hier 181 963 gegen 172 096 im Jahre 1893. Die gegen das Vermögen gerichteten Straftaten zeigen nur eine geringe Zunahme: 186 003 im Jahre 1894 gegen 183 645 im Jahre 1893. Die Zahl der wegen Verbrechen u. gegen Staat, öffentliche Ordnung und Religion Verurtheilten belief sich 1894 auf 76 514 gegen 73 107 im Jahre 1893. Unter sämtlichen Verurtheilten befanden sich 45 504 jugendliche Personen unter 18 Jahren gegen 43 742 im Jahre 1893. Im Ganzen sind wegen Verbrechen und Vergehen gegen das Strafgesetzbuch 427 628 Personen verurtheilt gegen 414 657 im Vorjahre, während auf die anderen Reichsgesetze, deren Zahl sich stetig erweitert, 18 442 Verurtheilte entfallen gegen 15 746 im Vorjahre. Die Zahl der Verurtheilten hat also beim Strafgesetzbuch um 3,1, bei den anderen Reichsgesetzen dagegen um 17,3 v. H. zugenommen. Vor Allem ist an letzterer Zunahme die Gewerbeordnung theilhaft mit 14 098 Verurtheilten gegen 11 725 im Vorjahre.

— Der Abg. Benzmann hat mit Unterstützung der Fraktionen der freisinnigen und süddeutschen Volkspartei den Antrag eingebracht, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die Aufnahme und Unterbringung von Patienten in Heilanstalten für Geistesranke reichsgesetzlich geregelt wird.

— Der „Frankf. Zig.“ zufolge wird beabsichtigt, einer gesetzlichen Einflussnahme auf das gewerbmäßige Auskunftsweisen näher zu treten. Die besondere Natur dieses Gewerbebetriebs und sein zunehmender Einfluss auf das Geschäftsleben und auf Privatverhältnisse überhaupt und mehrfach dabei hervorgetretene Mißstände hätten die Erwägung nahegelegt, die gegenwärtige Lage der Gesetzgebung, wonach dieser Gewerbebetrieb ohne Einschränkung Jedem gestattet sei und es kein Mittel gebe, einer unzuverlässigen Geschäftsführung durch gewerbepolizeiliche Maßnahmen entgegenzutreten, den Bedürfnissen Rechnung zu tragen, oder ob es sich empfehlen werde, den bezeichneten Gewerbebetrieb unter diejenigen aufzunehmen, deren Betrieb auf Grund des § 35 der Gewerbeordnung untersagt werden könne. Auf Veranlassung des Handelsministers sollen die Handelskammern durch die Regierungspräsidenten um Äußerungen hierüber binnen sechs Wochen ersucht werden.

— Für die Reichstagsersatzwahl in Weiz stellen die Sozialdemokraten den früheren Redakteur Martin in Mülhausen auf, für Diebshöfen-Wolken einen Geschäftsfreisenden Schleicher aus Metz. Für letzteren Wahlkreis hat Pfarrer Thilmont die ihm angebotene Kandidatur abgelehnt.

— Das Mandat niedergelegt hat der Centrumsabgeordnete Dr. Braubach, Vertreter des Reichstagswahlkreises Regens-Weiden. Dr. Braubach ist beim Reichsgericht als Rechtsanwalt zugelassen und scheidet am 1. Januar nach Weiz ab.

— Der Verein der Fachpresse, welchem die hervorragenden inländischen Fachblätter für Handel und Gewerbe angehören, hatte unterm 11. November eine Eingabe an den Reichstanzler gerichtet, worin auf die große Bedeutung der Fachpresse hingewiesen und gebeten wurde, diesem Umstande durch Veranlassung der dem Verbandsangehörigen Fachblätter bei Erlass von Bekanntmachungen, Ausstellungen u. dergl. Rechnung zu tragen. Darauf hat, wie der „Geschäftsfreund“ mittheilt, der Reichstanzler, in Vertretung v. Wittlicher, dem Vorsitzenden des Vereins geantwortet, er habe gern Veranlassung genommen, das Gesuch den beteiligten Reichsbehörden zur Kenntnis zu bringen und ihnen dessen Berücksichtigung in geeigneten Fällen anheimzugeben.

— In unserer Sonntagsnummer theilten wir (unter Frankreich) gleich anderen Blättern den Tod des Präsidenten des französischen Senats, Challemeil-Lacour, mit; wie jetzt bekannt wird, liegt hier ein Irrthum vor. Es ist der erste Präsident des Senats, Challemeil, der vor ein paar Tagen vom Schlag gerührt worden, ist gestorben, sondern der zweite Präsident, der den jenem ähnlichen Namen Challemeil führte.

## Posen

Posen, 9. Dezember.

n. Unfall. Am Sonnabend stieß eine Frau auf der Straße aus und zog sich eine Fußverletzung zu.

n. Aus dem Polizeibericht. Verhaftet wurden ein Malergehilfe wegen Belästigung des Publikums, 9 Bettler, drei Dirnen, 1 Obdachloser und ein Arbeiter, welcher einem Maurer die Taschenuhr gewaltsam zu entreißen versuchte. — Gefunden: 1 Dattungsbuch, ein Paar Lederhose, 1 Rosenkranz, 1 Portemonnaie mit Inhalt und 1 Pfanzenmarktfeld. — Verloren: eine Brille mit Nadelnfassung, ein Ruff und ein goldenes Vincenz.

## Aus den Nachbargebieten der Provinz.

\* Spottau, 7. Dez. [Durch einen Blitzschlag] wurde der Thurm des Schlosses auf der zur Stadt gehörigen Domaine Hertwigswaldau entzündet und eingestürzt. Das Schloss, welches sehr gefährdet war, ist, Dank der energischen Vorkehrungen, erhalten geblieben, immerhin ist der verursachte Schaden sehr groß.

\* Danzig, 8. Dez. [Volkszählung.] Die am 2. d. M. in dieser Stadt abgehaltene Volkszählung hat nach den von den Zählkommissionen gemachten Angaben eine Einwohnerzahl von 125 700 Personen ermittelt. Im Jahre 1890 betrug dieselbe 121 338 Personen.

\* Graudenz, 8. Dez. [Frecher Streich.] In dem Hause eines hiesigen Kaufmanns bewohnt die etwa 15jährige Tochter ein nach dem Hofe gelegenes Parterrezimmer allein. Als das junge Mädchen am Freitag Abend mit Handarbeiten beschäftigt war und gegen 10 Uhr den Kleiderkasten öffnete, stürzte sie ein Stroh mit struppigem Haupt und Barthaar an, der sich schon einige Stunden vorher in das Zimmer eingeschlichen und in jenem Schrank verborgen hatte. Auf die Frage des erschrockenen Mädchens, was er hier wolle, sprang der Eindringling heraus, packte sie beim Haar und warf sie zu Boden. Die augenblickliche Betäubung der Angegriffenen benutzte der Unhold, durch das Fenster das Freie zu gewinnen, wobei er die Gardinen zerriss, die Gardinenstangen zerbrach und das Fenster zertrümmerte. So gelang es ihm, zu entkommen. Der Vorfall mahnt zu ganz besonderer Vorsicht.

## Angelkommene Fremde.

Posen, 9. Dezember.

Hotel de Rome. — F. Westphal. [Fernsprech-Anschluß Nr. 103.] Die Kaufleute Radow, Schney, Glück, Kassel, Merck, Mendelssohn u. Schübe a. Berlin, Landsberg u. Tochter a. Breslau, Gellert a. Düsseldorf, Grünberg a. Neuchâtel, Abraham a. Hamburg u. Antoine a. Châlons, Rentier Schney a. Berlin, die Rittergutsbesitzer Schulz u. Frau a. Stralsund, Frau Bold a. Karolin bei Samter u. Konrad Veder u. Frau a. Ruzkow, Lieutenant Sak a. Schrimm, Landrath von Kossel u. Frau a. Pleschen, Dr. Simon Danzig, Fabrikbesitzer Solowicz a. Berlin, Mylius Hotel de Drosda (Kritz Bromer). [Fernsprech-Anschluß Nr. 16.] Die Kaufleute Weiss a. Hamburg, Diehn a. Leipzig, Geis a. Aachen, Hoot a. Fulda, Behr a. Stuttgart, Metrowski u. Schmidt a. Berlin u. Hirsfeld a. Di. Krone, die Fabrikanten Camerer a. Stuttgart, Goydan a. Wien u. Pentzlin a. Hamburg, Fabrikdirektor Liebert a. Lodz, Rentier Sterz a. Berlin, die Rechtsanwälte H. Hirsfeld a. S. Hirsfeld a. Berlin, Direktor Kroyanker u. Studiosus Krüger a. Berlin.

Hotel Victoria. [Fernsprech-Anschluß Nr. 84.] Die Kaufleute Gutmann u. Frau a. Stralsund, Rawitzki u. Frau a. Pleschen, Brummer a. Wittow, Wolfstein a. Gries, Lewy a. Magdeburg, Gebr. Brummer a. Berlin, Jhaaclohn a. Vichoswerder, Frau Rawitzki a. Turuw, Sommerfeld a. Stralsund, Steindler a. Hamburg, Otto a. Heidelberg, Brummer u. Lewy u. Familie a. Weichen, Wittowski u. Frau a. Neutomscheil, Brummer a. Weichen, Wittowski u. Frau a. Weichen, Rentier Scherer a. Weichen, Szantonowski a. Posen, Landwirth Marx a. Borucina, Gutsbesitzer Rasche u. Frau a. Batof, Rittergutsbesitzer Bloekel a. Mldom, Jhaaclohn a. Birnbau, Arzt Dr. Rothe a. Berlin.

Grand Hotel de Franco. Die Rittergutsbesitzer von Brodnicki a. Niezwastowicz, Graf Szodorski a. Rydowo, v. Rutkowski a. Lwica, v. Wozynski a. Posen, Speichert u. Frau a. Ronojad u. v. Babicki a. Dombrowa, Forst-Inspector Wendi a. Witschau u. Ingenieur Schrajer a. Slupca.

Hotel de Berlin. [Fernsprech-Anschluß Nr. 165.] Die Kaufleute Weichmann u. Friedmann a. Breslau, Gellert a. Berlin, Lubinski a. Frankfurt, Schäfer a. Remscheid, Holzmeister a. Leipzig, Rad a. Mainz, Katulski a. Gnesen u. Goldmann a. Noworazlaw, Rittergutsbesitzer Dr. v. Chelanski a. Rydowo, die Architekten Smilowski u. Brzylaski a. Noworazlaw, Revisor Göter a. Berlin u. Rittergutsbesitzer Wajowski a. Szepeantowo.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Die Kaufleute Kamerich a. Allenstein, Rauch u. Steinert a. Berlin, Th. de la Barre a. Stettin, Thelemann a. Königsberg u. Grünthal a. Frankfurt a. M. u. Ingenieur Hoffmann a. Berlin.

Keller's Hotel zum Engl. Hof. [Inhaber M. Kunz.] Die Kaufleute Gruniger a. Sosnowice, Tschler a. Dresden, Cohn a. Jutin, Frau Kornaczenka a. Strelno u. Ephraim a. Strassburg i. Westph., Frau Kronmann u. Frau Abt a. Sagorowo.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Ohnstein a. Pleschen, Vincus a. Grünberg, Hähnle u. Frau a. Schrimm, Schwarz a. Breslau, Feldberg a. Elberfeld, Stelzner a. Magdeburg u. Rothe u. Schabier a. Berlin, Bauführer Weichte a. Polajewo.



Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von H. Beder u. Co. (H. Röffel) in Wien.